Die Fachöffentlichkeit fordert seit Jahren, dass sich Inklusion auch im Kinder- und Jugendhilfegesetz, dem SGB VIII, niederschlagen möge: Kinder, Jugendliche und deren Familien sollten Unterstützung erhalten, egal ob dabei Behinderung, soziale Benachteiligung oder problematische Lebensverläufe eine Rolle spielen. Manche sprachen dabei von „Hilfen aus einer Hand“, andere benutzten den seltsamen Begriff „große Lösung“. Erfreulich war, dass dieses Anliegen von allen Verbänden unterstützt wurde. Bei der Regierungsübernahme der CDU-SPD-Koalition entstand eine gewisse positive Spannung, da das Thema der inklusiven Ausgestaltung des SGB VIII im Koalitionsvertrag zumindest benannt worden war. Anfang 2016 gab es dann erste konkrete Bewegungen. Dabei wurde deutlich: Es ging offenbar gar nicht vordergründig um ein inklusives SGB VIII, sondern um ein neues, völlig verändertes Gesetz, das die zentralen Punkte des ehemaligen Kinder- und Jugendhilfegesetzes aus den Angeln heben würde. Im Juni formulierten die wichtigsten Verbände der Hilfen zur Erziehung Prüfsteine, um bis dato unterbliebene fachlich-inhaltliche Diskurse einzuleiten. Zu diesem Zeitpunkt gab es auch erste Textformen einzelner Paragraphen des sich in Arbeit befindlichen Gesetzes. Damit wurde deutlich, was passieren sollte. Es ging um Begriffe. Einer der entscheidenden der bisherigen Jugendhilfegestaltung, „Hilfen zur Erziehung“, sollte weitestgehend abgeschafft und durch „Leistungsanspruch“ ersetzt werden. Die „Hilfekonferenz“ und die „Hilfeplanung“ würden in „Leistungsplanung“ umgewandelt. Mitwirkung und Beteiligung spielten inhaltlich keine Rolle mehr, war die Leistungsvergabe doch an dann nötige Einschätzungsvorgaben gebunden. Das, was bei Behinderungen im gewissen Sinne nachvollziehbar ist: Ein Kind einer soundso beträchtlichen Sehbehinderung braucht die und die Unterstützung, sollte nun auch im Sinne einer Feststellung und Behandlung von Defiziten in Erziehung, Verhalten, Leistungsbereitschaft anwendbar sein.

Neustart nach Fehlversuch

Vermutungen wurden laut, dass es sich um einen Angriff auf die Soziale Arbeit handelte. Jahrelang war mit der Wirksamkeitsdebatte, hohen Kosten und den aus Sicht mancher PolitikerInnen fragwürdigen Auswirkungen im Kinderschutz (noch immer kommen Kinder zu Tode, obwohl die Familien dem Jugendamt bekannt sind) ein unfairer Kampf gegen die Kinder- und Jugendhilfe geführt worden. Nun schien die Zeit reif, das Terrain den TherapeutInnen und Psychiatrien zu überlassen, von denen angenommen wird, dass sie auch ausreichende Erfahrungen in Fragen von Effektivität und Abrechnung vorweisen konnten. Dabei störte die jahrelang in der Jugendhilfe gewollte und in Teilen auch umgesetzte Beteiligungskultur. Problematisch auch die Eltern und deren Rollen. Das neue SGB VIII schien davon auszugehen, dass Eltern, die aus Sicht der Fachleute nur unzureichend ihre Pflichten als solche wahrnehmen, zwar immerhin noch angeleitet werden sollten, ansonsten aber durch staatliches und therapeutisches Handeln mehr oder weniger ersetzt würden. Und: Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe sollten fortan ausgeschrieben werden, wie etwa im Straßenbau etc. üblich. Der preiswerteste Bieter erhält den Auftrag. Das Aus der Tarifverträge wäre damit beschlossen, das besondere Verhältnis von Kindern und PädagogInnen sollte keine Bedeutung mehr haben. Kinder- und Jugendhilfe im Sinne der freien Wirtschaft!

Nein, so nicht! Der Gesetzesentwurf, der im September publik wurde, war ein Desaster. Ein Glück, dass sich Fachverbände und zunehmend mehr politisch verantwortliche Menschen aufmachten, dagegenzuhalten. Der Entwurf ist nun vom Tisch, aber die Debatte geht weiter. Die Beteiligten sind wacher denn je. Noch ist nicht klar, wer seine Positionen durchsetzen wird. Niemand sollte sich etwas vormachen: die GegnerInnen des SGB-VIII-Gedankens sind hoch motiviert und haben Sparfüchse und KritikerInnen der Sozialen Arbeit auf ihrer Seite. Aber es gibt auch Vernunft auf Seiten der Praxis, der Verbände der Jugendhilfe und der behinderten Menschen, bei den Initiatoren der Novellierung und Fachleuten in Hochschulen und Politik. Diese gilt es jetzt zu bündeln, um gemeinsam Inklusion und Qualität in der Kinder- und Jugendhilfe umzusetzen.

Hans-Ullrich Krause *1954

Dr., Leiter Kinderhaus berlin Mark Brandenburg; IGFH-Vorsitzender, Lehrbeauftragter der ASH Berlin.
krause@kinderhaus-b-b.de